

Herr Oberbürgermeister Bergmann berichtet über den Werdegang des Projektes bis zur Entstehung dieser Drucksache und die Auswirkungen der vorgelegten Drucksache. Durch diesen Beschluss würden die Kosten von etwa 80.000 € für ein Bürgerbegehren verhindert werden können und das Bürgerbüro würde mit der Überprüfung der gesammelten Unterschriften nicht zusätzlich belastet werden.

Die Angelegenheit wird kontrovers diskutiert. Dabei wird mehrfach betont, dass die Bürgerinitiative und die Vorlage ein Beispiel für Demokratie seien und Demokratie Geld koste. Von mehreren Seiten wird bemängelt, dass die Bürgerinitiative nicht gesprächsbereit gewesen sei. Ratsherr Radestock teilt mit, dass das Bürgerbegehren von Misstrauen gegen die Ratsversammlung, den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der SWN geprägt gewesen sei. Ratsherr Kühl entgegnet in diesem Zusammenhang, dass die Ratsversammlung dies nicht ausbaden müsse und das Bürgerbegehren zunächst auf Zulässigkeit geprüft werden solle. Ratsherr Griesse gibt zu bedenken, dass es vielen Unterstützern des Bürgerbegehrens darum gehe, die Privatisierung zu verhindern und teilt mit, dass die Bürgerinitiative stets zu Gesprächen bereit gewesen sei, dies sei jedoch von den anderen Beteiligten nicht angenommen worden.